

Gas-Kommission bringt Planungssicherheit, weitere Einbußen in der Produktion dennoch zu erwarten

- **WVMetalle begrüßt Vorschläge der Gas-Kommission, die für Planungssicherheit in den Unternehmen sorgen.**
- **Jedoch sind Produktionsdrosselungen dadurch nicht ausgeschlossen.**
- **Rasche und unbürokratische Umsetzung erforderlich.**
- **Effektive Strompreisbremse muss nun zügig folgen.**

Berlin (10.10.2022) – Heute hat die ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme ihren Zwischenbericht vorgelegt. Die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle) begrüßt die Vorschläge der Kommission.

Franziska Erdle, WVMetalle-Hauptgeschäftsführerin: „Die Ergebnisse der Gas-Kommission sind ein wichtiges Signal, das unseren Unternehmen eine Perspektive und Planungssicherheit bis Anfang 2024 eröffnet. Gleichzeitig ist die vorgeschlagene Deckelung des Gaspreises für 70 Prozent des Verbrauchs in 2021 ein harter Brocken für die energieintensive Industrie. Die restlichen 30 Prozent werden Produktionseinbußen zur Folge haben, die bei uns in der Branche ja bereits begonnen haben.“ Denn klar sei auch, so Erdle: „Die 7 Cent sind nur der reine Beschaffungspreis und nicht vergleichbar mit dem historischen Gaspreis. Er stellt weiterhin eine erhebliche Preiserhöhung für unsere Unternehmen dar.“

Erdle fordert weiter, es sei nun an der Bundesregierung, die Kommissionsvorschläge rasch und unkompliziert umzusetzen. „Mit der Zusammensetzung der Kommission ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens sichergestellt. Die Bundesregierung sollte den Vorschlag daher sofort und ohne Änderungen übernehmen. Nach diesem wichtigen Schritt muss eine effektive Strompreisbremse nun zügig folgen.“

Die WVMetalle fordert außerdem eine ergänzende Härtefallregelung für solche Unternehmen, die durch das Raster des Vorschlags fallen oder für die das Referenzjahr 2021 nicht herangezogen werden kann.

Presse-Kontakt:

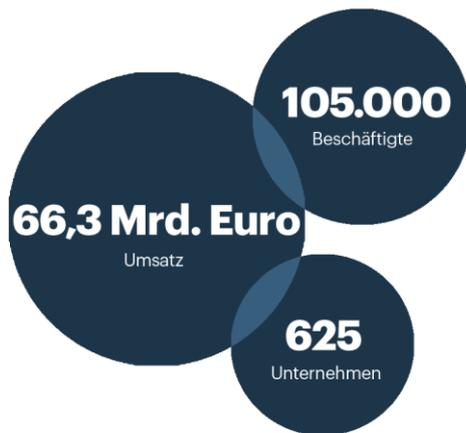
Teresa Schad

+49 30 726 207-111

+49 160 97597043

presse@wvmetalle.de

www.wvmetalle.de



Die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle) vertritt die wirtschaftspolitischen Anliegen der Nichteisen-Metallindustrie mit rund 105.000 Beschäftigten in 625 Unternehmen. Im Jahre 2021 erwirtschaftete die Branche eine Produktion in Höhe von 7 Millionen Tonnen und einen Umsatz in Höhe von 66,3 Milliarden Euro.